

Kritischer Blick auf Berset

Neuer Verband gegründet

14 Verbände und Unternehmen haben sich zum Bündnis «Freiheitliches Gesundheitswesen» zusammengeschlossen. Es setzt sich für mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen ein – und kämpft gegen die Einheitskasse.

For. Bern · Bundesrat Alain Berset hat klare Vorstellungen, wie er das Gesundheitswesen weiterentwickeln will. Der Einfluss des Staates soll verstärkt werden. Beispielsweise würde der im Gegenvorschlag zur Einheitskassen-Initiative vorgesehene Höchstkostenpool den Wettbewerb unter den Versicherern einschränken. Während die bürgerliche Mehrheit im Bundesrat Berset gewähren liess, ging das Parlament auf die Barrikaden gegen diese Pläne.

Nun regt sich auch ausserhalb der Politik Widerstand gegen die «zunehmende Verstaatlichung» im Gesundheitswesen. Am Donnerstag haben in Bern 14 Verbände und Unternehmen das «Bündnis Freiheitliches Gesundheitswesen» gegründet. Vertreten sind neben Ärzten (Ärztevereinigung Pulsus, Schweizerische Belegärztevereinigung) und Spitälern (Hirslanden, Lindenhofgruppe, Verband Nordwestschweizer Spitäler mit dem Universitätsspital Basel) der Apothekerverband Pharmasuisse, der Branchenverband Intergenerika und die Krankenkasse Swica. Auch einzelne Unternehmen wie Galenica oder Swisscom IT Services gehören zu den Gründungsmitgliedern. Im Vorstand vertreten sind bekannte oder gewichtige Mitglieder wie der Herzchirurg Thierry Carrel und Kurt Gfeller, Vizedirektor des Schweizerischen Gewerbeverbands.

Der Spitalverband H+ und die Ärztevereinigung FMH haben eine breite Mitgliederbasis mit entsprechend divergierenden Interessen, die mit einer Mitgliedschaft im neuen Bündnis wohl kaum vereinbar ist.

Berset ist nicht die Ursache

Vertreter des Bündnisses betonten zwar, Bersets Gesundheitspolitik sei nicht der Treiber gewesen für die Gründung. Verstaatlichungstendenzen habe es bereits lange vor seiner Wahl in den Bundesrat gegeben. Dennoch wird seine Politik «kritisch beobachtet», wie Robert Leu, Präsident des Bündnisses und ehemaliger Professor an der Universität Bern, sagte. Die Einheitskasse ist eine der zehn Punkte, bei denen sich die Mitglieder auf eine gemeinsame Position einigen konnten. Die Einheitskasse sei weit oben auf der Liste der Dinge, die man nicht tun sollte, sagte Leu, der das Thema als Wurzel der Bündnisgründung bezeichnet. Der Wettbewerb unter den Kassen sei der Nukleus im ganzen System. Im Weiteren wehrt sich der Verband gegen wiederholte Preissenkungen bei den Medikamentenpreisen, die Verstaatlichung der Tarife und den Zulassungsstopp.

Der Kostenanstieg im Gesundheitswesen müsse gebremst werden, doch müssten immer auch die volkswirtschaftlichen Auswirkungen von Sparmassnahmen geprüft werden. Mit Effizienzverbesserungen könne ein grosses Sparpotenzial erschlossen werden.

Ehemaliges BAG-Kader

Das Bündnis versucht sich laut Leu von anderen Branchenverbänden zu unterscheiden, indem Partikularinteressen zurückgestellt würden. Vielleicht seien nicht alle Mitglieder immer ganz glücklich mit den Positionen. Die gegenseitige Blockade, wie man sie von anderen Verbänden kennt, könnte auch hier zum Thema werden.

Ihre Standpunkte will der Verband nicht primär Politikern, sondern der Bevölkerung vermitteln. Die Geschäftsstelle des Verbands führt Andreas Faller in einem Teilzeitpensum. Als ehemaliges Geschäftsleitungsmitglied im Bundesamt für Gesundheit kennt er Bersets Reformpläne aus nächster Nähe.